

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

53. Jahrgang · 18. Wahlperiode · Ausgabe 8 · 5. Oktober 2022

Plenum

Die aktuellen Probleme der Energieversorgung haben den Landtag in vielfacher Weise beschäftigt. Themen waren auch die Zukunft der Sprach-Kitas und die Unterbringung von Geflüchteten. S. 4-5

Haushalt

Folgen des Ukraine-Kriegs, Lehrerbessoldung, Klimaschutz – die Landesregierung hat einen Nachtragshaushalt für 2022 eingebracht. Er sieht Mehrausgaben von rund 900 Millionen Euro vor. S. 6

Abschied

Die Welt hat Abschied von Königin Elizabeth II. genommen. Auch der Landtag trauerte um die Monarchin, die 70 Jahre auf dem Thron gesessen hatte. 2004 hatte sie das Landesparlament besucht. S. 8-9

Opposition

In einer Serie stellt Landtag Intern wichtige parlamentarische Begriffe und zentrale Funktionen in der parlamentarischen Demokratie vor. In Teil zwei geht es um die Rolle der Opposition. S. 13

Entlastungen in der Krise Debatte über Energiepreise

INHALT



Foto: Schälte

Beratungen in Zeiten der Krise

1. Lesung des Nachtragsetats S. 6

Plenum

Landtag debattiert
über Energiepreise S. 3

Meldungen S. 4

Forum

Trauer um die Queen S. 8

Aus den Fraktionen S. 10

Forum

Zusammenarbeit der
Parlamente S. 12

Parlamentarische Grund-
begriffe: Opposition S. 13

Ausschüsse

Meldungen S. 14

Porträt

Rainer Schmeltzer (SPD) S. 15

Kurz notiert S. 16

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, V.i.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Sonja Wand (sow), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), 884-2064 (sow), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Katharina Bons (Grüne), Tobias Havers (FDP), Christian Schäler (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 30. September 2022, 12.30 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig. Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise

www.landtagintern.de



Bremse für Energiekosten

30. September 2022 – Die stark gestiegenen Energiepreise infolge des russischen Angriffskrieges in der Ukraine treiben die Politik weiter um. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) unterrichtete den Landtag über ein Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Länder, bei dem diese sich für weitere Entlastungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ausgesprochen hatten.



Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten fordern in ihrem Beschluss vom 28. September 2022 einen Energiepreisdeckel für Strom, Gas und Wärme. Am 4. Oktober wollten sie darüber mit dem Bundeskanzler beraten. Am 29. September – einen Tag nach der Länderkonferenz – gab die Bundesregierung bekannt, dass sie die Preise für Gas und Strom deckeln will. Dafür sollen bis zu 200 Milliarden Euro ausgegeben werden.

Ministerpräsident **Hendrik Wüst** (CDU) begrüßte die Ankündigung des Bundes für einen Energiepreisdeckel. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen benötigten verlässliche und bezahlbare Energie. Viele Fragen seien aber noch offen, auf die es jetzt schnelle Antworten geben müsse. Die Länder seien sich auch einig, dass die neuen Entlastungen zielgenau sein soll-

ten. Er kündigte an, dass das Land dort, wo es verantwortlich sei, für eigene Entlastungen sorgen und seinen Teil des dritten Entlastungspakets tragen werde. Er mahnte aber eine „faire Lastenverteilung“ auch mit Blick auf die Kommunen an. Wüst sagte: „Fair und gemeinsam kommen wir auch durch diese schwierige Zeit.“

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) habe dem NRW-Ministerpräsidenten am Tag zuvor eine Lektion in Krisenmanagement und Tatkraft erteilt, sagte SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschaty**. Wüst habe in seiner Rede nichts darüber gesagt, wie die Landesregierung Familien und Unternehmen unterstützen und die Maßnahmen der Bundesregierung flankieren wolle. „Der Bund handelt jetzt – und wann handelt Nordrhein-Westfalen?“, fragte Kutschaty. Die Landesregierung müsse ebenso wie andere Bundesländer

ein eigenes Entlastungspaket vorlegen. Stattdessen mache sie „Politik für ein Paralleluniversum“ und flüchte vor der Realität.

CDU-Fraktionschef **Thorsten Schick** wies die Kritik zurück. Jetzt sei nicht die Zeit für parteitaktische Spielchen. Schick kritisierte seinerseits Bundeskanzler Scholz, der auf ganzer Linie enttäusche. Offenbar wegen der Unstimmigkeiten in der Ampelkoalition habe es keine Abstimmung mit den Ländern über das dritte Entlastungspaket gegeben. Es sei gut, dass die Länder nun diesen Job übernommen hätten. Als Vorsitzender der Konferenz habe Wüst gezeigt, dass er zusammenführen könne. Die Länder hätten geliefert, Parteitaktik habe dabei keine Rolle gespielt. Nun liege der Ball beim Bund.

„Eigene Akzente“

Die Ministerpräsidentenkonferenz habe offenbar unter dem Motto gestanden: „Außer Speßen nichts gewesen“, erklärte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Während die Länder dort lediglich bereits bekannte Positionen verschriftlicht hätten, Sorge die Bundesregierung mit dem „bahnbrechenden“ Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro inklusive Energiepreisdeckel für Entlastung. Höne forderte, NRW müsse eigene Akzente setzen. Abzuwarten, zu zaudern und zu zögern koste wertvolle Zeit und werde die Menschen teuer zu stehen kommen. Es gelte, mittels heimischer Energieträger das Angebot zu vergrößern und somit die Preise zu stabilisieren.

Grünen-Fraktionschefin **Verena Schäffer** wies die Kritik der SPD-Fraktion an der Landesregierung ebenfalls zurück. Nordrhein-Westfalen blockiere nicht, sondern dränge auf eine faire Lastenverteilung. „Dass wirksame Hilfen dringend nötig sind, hören und sehen wir jeden Tag“, sagte Schäffer. Angesichts des Krieges mitten in Europa und der „höchsten Inflationsrate seit Anfang der 50er-Jahre“ empfinde sie Tonlage und Auftreten der Oppositionsfraktion jedoch als unangemessen. Sobald klar sei, wie das Entlastungspaket konkret ausgestaltet werden solle, „werden auch wir in Nordrhein-Westfalen dort ergänzen, wo Existenzen gefährdet sind“.

Steigende Strom- und Gaspreise machten den Menschen und Unternehmen in NRW zu schaffen, sagte **Christian Loose** (AfD). Bereits vor Beginn des Ukraine-Krieges seien die Energiepreise deutlich gestiegen. Das hänge mit den Kosten der Energiewende zusammen, die mit dem Maßnahmenpaket des Bundes in Höhe von 200 Milliarden Euro nun weiter „verteidigt“ werde. In Polen, wo Strom durch die Verbrennung von Kohle erzeugt werde, koste dieser nur die Hälfte, sagte Loose. Er forderte, dass Gas nicht weiter für die Stromerzeugung verwendet werden dürfe. Kohle- und Atomkraftwerke müssten in Betrieb bleiben oder reaktiviert werden. *wib, zab, sow, tob*



Umwelt-Schecks

28.9.2022 – Die Fraktionen von CDU und Grünen wollen ein Förderprogramm für ehrenamtliches Engagement zur Stärkung von heimischer Artenvielfalt und Natur auflegen. In einem Antrag (18/963) schlagen die regierungstragenden Fraktionen sogenannte Umwelt-Schecks vor. Sie sollen als Anschubfinanzierung und unbürokratische Unterstützung kleinerer Projekte dienen. Als Beispiele genannt werden u. a. das Anlegen von Wild- und Obstbaumwiesen, Bachpatenschaften oder der Bau von Nistkästen und Insektenhotels. „Das Angebot soll dabei von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, der Nachbarschaft oder von Vereinen und Initiativen in Anspruch genommen werden können, um unsere Städte und Gemeinden grüner und nachhaltiger zu machen.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, SPD und Grünen angenommen. FDP und AfD stimmten dagegen. Ein Änderungsantrag der SPD (18/1062) wurde abgelehnt.

Weiterführende Schulen

28.9.2022 – Die FDP-Fraktion fordert gleiche Verfahren für die Anmeldung an weiterführenden Schulen. Das aktuelle Anmeldeverfahren werde als „sehr aufwendig und oftmals ungerecht“ wahrgenommen, schreibt die Fraktion in einem Antrag (18/979). In Köln etwa habe die Vergabe der Schulplätze zuletzt zu großen Enttäuschungen geführt. Zudem seien Mehrfachanmeldungen möglich gewesen, von denen in großem Umfang Gebrauch gemacht worden sei. Sie erschwerten das Verfahren und zögen es in die Länge. Das aktuelle Anmeldeverfahren behandle Schulformen zudem ungleich. Gesamtschulen werde teilweise ein vorgezogenes Anmeldeverfahren ermöglicht, das Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien benachteilige. Die FDP-Fraktion schlägt daher ein „digital

arbeitendes zentrales Anmeldeverfahren“ vor, wie es für Hochschulen bestehe. Es erlaube, die Vergabe der Schulplätze „transparenter und effektiver“ zu gestalten. Mit der Möglichkeit zur Priorisierung von je nach Standort bis zu drei Schulen könne den Wünschen und Bedarfen von Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern gezielter entsprochen werden. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Volkshochschulen

28.9.2022 – Die Landesregierung solle sich dafür einsetzen, dass die Umsatzsteuerbefreiung für Volkshochschulen auch künftig gewährleistet bleibe. Dies fordern die Fraktionen von CDU und Grünen. Ein entsprechender Antrag (18/961) wurde einstimmig angenommen. Die 131 Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen seien für die Weiterbildung der Bevölkerung von großer Bedeutung. Bezüglich der Umsatzsteuerbefreiung sähen sie jedoch „unsicheren Zeiten entgegen“, heißt es im Antrag. Hintergrund sei die kommunale Umsatzsteuerpflicht ab 2023. Sie werfe viele Fragen auf. Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesfinanzhofs lasse Einschränkungen bei der Steuerbefreiung befürchten. Eine Umsatzsteuerpflicht würde sich, so CDU und Grüne, unmittelbar auf die Kursgebühren auswirken: „Insbesondere bei Angeboten wie Kursen der Grundbildung, Sprach- und Integrationskursen oder beruflicher Qualifizierung und Weiterbildung darf der Geldbeutel nicht über eine Teilnahme entscheiden.“

Schutzschirm

28.9.2022 – Einen 200-Millionen-Euro-Schutzschirm fordert die SPD-Fraktion von der Landesregierung. Mit diesem Geld sollen sozi-

al- und gesundheitsbezogene Einrichtungen unterstützt werden. Anbieter sozialer Dienste oder sozialer Dienstleistungen, Gesundheitseinrichtungen, Alten- und Pflegeheime oder die Lebenshilfe würden durch die derzeit steigenden Kosten infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine hart getroffen, heißt es in einem Antrag der Fraktion (18/972). „Durch die stark steigenden Betriebskosten fürchten die Einrichtungen nun, dass sie nicht zahlungsfähig bleiben und somit ihre Existenz nicht aufrechterhalten können.“ Gerade kleine soziale Träger seien betroffen, da sie keine finanziellen Rücklagen besäßen. Mit einem Schutzschirm könne eine Schließungswelle der sozial- und gesundheitsbezogenen Einrichtungen sowie eine Umlage der steigenden Kosten auf die Menschen abgewendet werden. Der Antrag sowie ein Entschließungsantrag der AfD (18/1071) wurden zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (federführend) überwiesen.

Geflüchtete

28.9.2022 – Kommunen müssten bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten entlastet werden. Dies fordert die FDP in einem Antrag (18/978) von der Landesregierung. In den Unterbringungseinrichtungen des Landes müssten kurzfristig zusätzliche Kapazitäten für die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine bereitgestellt werden, um die Städte und Gemeinden zu entlasten. Diese benötigten finanzielle Hilfen. Die Landesregierung solle sich zudem für ein zeitnahes Gipfeltreffen von Ländern und Kommunen mit dem Bund einsetzen. Infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine seien bislang mehr als 200.000 Menschen nach Nordrhein-Westfalen geflüchtet. Zugleich steige die Zahl der Asylsuchenden aus anderen Ländern weiter an. Diese Entwick-



lungen führten zu Engpässen bei der Unterbringung und Versorgung. Die kommunalen Spitzenverbände warnten davor, dass Städte und Gemeinden an ihre Grenzen stießen. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt ebenso wie Entschließungsanträge der SPD ([18/1063](#)) und der AfD ([18/1065](#)).

Lehre und Forschung

28.9.2022 – Die AfD-Fraktion fordert, die Einführung einer Kodifizierung der Wissenschaftsfreiheit am Beispiel des sogenannten Hamburger Modells an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen zu prüfen. Die Universität der Hansestadt habe mit dieser Kodifizierung auf Proteste gegen die Lehrtätigkeit des ehemaligen Vorsitzenden der AfD, Bernd Lucke, an der Hochschule reagiert, heißt es in einem Antrag der Fraktion ([18/988](#)). Immer wieder komme es zu Protesten beispielsweise wegen Vorträgen an Hochschulen, auch in Nordrhein-Westfalen. Die Freiheit der Wissenschaft sei aber ein hohes Gut „und insbesondere für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen unverzichtbar“. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Wissenschaftsausschuss überwiesen.

Energie und Kultur

28.9.2022 – Um Auswirkungen der Energiekrise auf den Kulturbetrieb ging es in einem Antrag der SPD-Fraktion ([18/971](#)), mit dem sich der Landtag befasst hat. Die Fraktion fordert die Landesregierung auf, ein Handlungskonzept vorzulegen, damit der Kulturbetrieb trotz steigender Energiekosten aufrechterhalten werden könne. Die Akteure der Kulturbranche benötigten Beratung, um wirkungsvolle Energiesparmaßnahmen umsetzen zu können. Die SPD mahnt darüber hinaus Hilfsprogramme für Einrichtungen und Kommunen an. Kulturelle Angebote und Begegnungen seien „der Kitt, der unsere Gesell-

schaft zusammenhält. Deshalb braucht es gerade in der Krise nicht weniger, sondern mehr Kultur“, heißt es in dem Antrag weiter. Dieser wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien (federführend) überwiesen.

Sprach-Kitas

29.9.2022 – Die Fraktionen von SPD und FDP fordern, das Programm „Sprach-Kitas“ zu verlängern. Seit 2016 fördere das Bundesprogramm die sprachliche Bildung in Kitas, schreiben die Fraktionen in einem Antrag ([18/977](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Ende 2022 laufe die Förderung aus. Entschiedener Widerspruch sei von Familienministerin Josefine Paul (Grüne) nicht zu vernehmen gewesen. Dabei erhielten im aktuellen Kita-Jahr 1.491 Kitas in Nordrhein-Westfalen eine Förderung. Mehr als jede achte Kita nehme am Programm teil. Sprach-Kitas seien ein „wesentlicher Bestandteil zur Sicherung von Integration und Chancengleichheit“. Einrichtungen bräuchten „schnellstmöglich“ Klarheit über eine Weiterfinanzierung. Die Landesregierung müsse sich dafür beim Bund einsetzen. Sofern Bundesgelder nicht ausreichten, müssten Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt, die AfD enthielt sich.

Atomkraft und Kohle

29.9.2022 – Die AfD-Fraktion möchte Atom- und Kohlekraftwerke dauerhaft in Betrieb lassen oder wieder ans Netz nehmen, sofern diese bereits abgeschaltet wurden. In einem Antrag ([18/987](#)), über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben, kritisiert die AfD eine „politisch gewollte Geiselhaft der Energiewende“. Es gebe keine „wettbewerbsfähigen großtechnischen Verfahren“ für die Speicherung von Erneuerbaren Energien. Die Gaspreise hätten sich schon lange vor

dem Ukraine-Krieg nach oben entwickelt. Der Strompreis sei nach dem Abschalten von Kohle- und Atomkraftwerken „mit in die Höhe geschossen“. Neben der erneuten Inbetriebnahme dieser Werke solle sich die Landesregierung auch für die „langfristige Nutzung der Braunkohle“ einsetzen. Nötig seien zudem die Abschaffung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe sowie eine Halbierung der Energiesteuer. Der AfD-Antrag wurde mit den Stimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Laufende Gesetzgebung

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Nachtragshaushaltsgesetz 2022 – NHHG 2022) | [18/900](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes sowie des Landesreisekostengesetzes | [18/928](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

Zweites Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften | [18/997](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 28. September 2022 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales

Grundsteuergesetz Nordrhein-Westfalen (GrStG NW) | [18/49](#) (Neudruck) | FDP | 2. Lesung am 29. September 2022 | abgelehnt

Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW | [18/570](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | 2. Lesung am 28. September 2022 / verabschiedet

Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes über die Berufe in der medizinischen Technologie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen | [18/63](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Beratungen in Zeiten der Krise –

28. September 2022 – Mit einem Nachtragshaushalt für 2022 will die Landesregierung von CDU und Grünen erste Schwerpunkte setzen. Mehr Geld soll vor allem für Bildung, Sicherheit und Klimaschutz fließen. Bei der 1. Lesung des Entwurfs übte die Opposition deutliche Kritik.

Die Beratung zum Nachtragshaushalt (18/900) falle in eine „Zeit der enormen Krisenverdichtung“, sagte Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) und verwies auf die Corona-Pandemie, den Ukraine-Krieg, Lieferkettenprobleme, die Inflation, eine drohende Rezession sowie den Klimawandel. Um dem Rechnung zu tragen, justiere die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt nach: Die Besoldung für alle Lehrkräfte der Primarstufe und Sekundarstufe I werde schrittweise bis August 2026 auf A 13 angehoben. Das Schulprojekt „Ankommen und Aufholen“ und das Projekt „Kita-Helfer“ würden fortgesetzt. Zudem gebe es deutlich mehr Geld für Personal im Hochwasser- und Katastrophenschutz sowie für Transformationsprozesse im Zuge der Energiewende. Ziel sei, Nordrhein-Westfalen zur „ersten klimaneutralen Industrieregion“ zu entwickeln. Zur Finanzierung von Mehrbedarfen für Asylbewerberinnen und -bewerber und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wiederum würden mehr als 570 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt.

Neue Schulden würden mit dem Nachtragshaushalt nicht gemacht.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erlebten aktuell eine „herausfordernde und von historischen Zäsuren geprägte Zeit“, sagte

„ein klares Signal der Anerkennung und Wertschätzung“. Zudem würden Maßnahmen für Geflüchtete aus der Ukraine ausgeweitet. Um Nordrhein-Westfalen zur „ersten klimaneutralen Industrieregion Europas“ zu machen, habe

Olaf Lehne (CDU)



Christian Dahm (SPD)



Olaf Lehne (CDU). Da sei die Politik gefordert, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen zu finden. Der vorgelegte Nachtragshaushalt stelle „eindrucksvoll unter Beweis“, dass Schwarz-Grün dem gerecht werde und wichtige Zusagen aus dem Koalitionsvertrag umsetze. Es werde zusätzlich in die Innere Sicherheit und eine „starke Polizei“ investiert, damit „Cybercops“ auch „im Netz auf Streife gehen“ könnten. Die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung auf A 13 sei für Lehrerinnen und Lehrer

die Landesregierung mit dem geplanten Nachtragshaushalt die richtigen Weichen gestellt. Die schwarz-grüne Koalition handle „vorausschauend, vorsorgend und nachhaltig“.

Christian Dahm (SPD) machte im Nachtragshaushaltsentwurf „viel Etikettenschwindel und viel heiße Luft“ aus. So blieben von den 200 Millionen Euro für den Klimaschutz faktisch nur 80 Millionen Euro übrig – der Rest entfalle auf Verpflichtungsermächtigungen für die Zukunft. Auch nützten 1.000 zusätzliche

Lehrerstellen wenig, wenn 11.000 Stellen im Bildungsressort unbesetzt seien. Ähnlich verhalte es sich bei der Polizei: Die Herausforderungen lägen darin, geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden und etwas gegen die hohe Abbrecher- und Durchfallquote in der Polizeiausbildung zu tun. Enttäuscht zeigte sich Dahm auch von den geplanten Mehrausgaben für Flüchtlinge: Die Regierung

Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU)



Fotos: Schälte



1. Lesung des Nachtragsetats

passe nur die Kosten an den tatsächlichen Bedarf an, schaffe aber keine zusätzlichen Plätze für Flüchtlinge. Die schrittweise Anpassung der Gehälter für alle Lehrkräfte an das Gehaltsniveau in der gymnasialen Oberstufe sei richtig, meinte Dahm. Wie aber die Menschen in Nordrhein-Westfalen gut durch die Krise kommen könnten, dazu fehle der Regierung nach wie vor jede Idee.

tionschef **Henning Höne**. Denn der Haushalt 2022 der Vorgängerregierung von CDU und FDP sei ein „ziemlich guter Haushalt“ mit klarer liberaler Handschrift. Die Eckdaten stammten jedoch aus dem Sommer 2021. Man habe nicht gewusst, dass 2022 „der Krieg nach Europa zurückkehrt“. Höne sprach von einer „Zeitenwende, die Privatpersonen, Unternehmen und Kommunen ihrer Sicherheit beraubt“. Damit ändere sich auch

als dem Amtsschimmel neue Stallknechte zu schaffen“. Es gehe nicht um die „Verwaltung des Landes“, sondern um „mehr Verwaltung der Verwaltung“. Die Landesregierung feiere sich „ganz unverblümt für zusätzliche Gelder, mit denen geradezu planwirtschaftlich das Land deindustrialisiert werden soll – in Erfüllung der Phantasien der grünen Koalitionssteuerleute“. Fleißig folge man „der Klima-Ideologie in den



„Schwarz-Grün übernimmt Verantwortung in Nordrhein-Westfalen“, betonte **Wibke Brems**, Fraktionsvorsitzende der Grünen. „Wir beschleunigen die Prozesse für den Ausbau der Erneuerbaren Energien“, begründete sie die zusätzlichen Ausgaben von 80 Millionen Euro in diesem Jahr für die Transformation der Industrie – weitere 120 Millionen Euro in den kommenden Jahren setzten klare Rahmenbedingungen für Unternehmen. „Wir haben als Staat die Pflicht, die Menschen zu schützen“, ergänzte Brems. Wegen des Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung mache die Regierung den Katastrophenschutz zu einem Schwerpunkt der Innenpolitik. Mit dem Nachtragshaushalt ziehe sie erste Lehren aus der Hochwasserkatastrophe des vergangenen Jahres. Außerdem erklärte Brems, Lehrkräfte seien verantwortlich für die Zukunftschancen der Kinder. Deshalb erhielten sie mit der Gehaltsanpassung unabhängig von der Schulform die Wertschätzung, die sie verdienten. „Mit dem Nachtragshaushalt gehen wir den ersten Schritt, die Zukunft zu gestalten: sicher, krisenfest, nachhaltig und gerecht.“

Die Beratungen über den Nachtragshaushalt könnten „relativ einfach“ sein, sagte FDP-Frak-

tion die finanzielle Situation des Landes. Man habe höhere Ausgaben, nehme andererseits aber auch mehr Steuern ein: „Unterm Strich geht es um 900 Millionen mehr“, so Höne. Der Finanzminister verzichte aber auf weitere 200 Millionen Euro aus den allgemeinen Reserven. Das Geld bleibe liegen, obwohl eine Entnahme in diesem Jahr geplant gewesen sei und den Menschen „in dieser schwierigen Situation auch zustehen würde“. Er habe den Eindruck, dass die Landesregierung die 900 Millionen Euro vor allem für den Versuch nutze, „auf den letzten Metern eine 100-Tage-Bilanz zu retten“. Mit dem Nachtragshaushalt plane sie „an der Krise vorbei“.

„Verlierer dieser Koalition“

Dr. Hartmut Beucker (AfD) sprach von „Stuermelkkühen“ und „Inflationsgeschädigten“. Dazu habe die Haushaltspolitik der Landesregierung geführt. Bürgerinnen und Bürger, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler seien die „Verlierer dieser Koalition“. Sie verlören, „weil die Inflation rasant steigt und dabei die Kaufkraft der Bürger zerfrisst“, sagte Beucker. Die Landesregierung wisse „nichts Besseres,

Abgrund“. Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger oder Einsparvorschläge seien im Nachtragshaushalt nicht zu finden.

Der Gesetzentwurf wurde zur weiteren Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) überwiesen. *tob, sow, zab*

Eckdaten des Nachtragsetats

Schwerpunkte des Entwurfs des Nachtragshaushalts für 2022 sind nach Angaben der Landesregierung Bildung, Sicherheit und Klimaschutz. Konkret geplant ist u. a. der Einstieg in die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A 13. Es sollen zudem 1.000 Lehrerstellen für die Ausbildung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine geschaffen werden.

Die Landesregierung will eine neue Zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz gründen und im Innenministerium die Einheit „Cyber-Sicherheit“ verstärken. 200 Millionen Euro sollen zur Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen für die Industrie in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt werden.

Die Ausgaben steigen von bisher geplanten 87,5 auf 88,4 Milliarden Euro. Der Entwurf sieht weiterhin keine Aufnahme neuer Schulden vor.

Goodbye, Your Majesty – Landtag trauert

September 2022 – Der Tod von Königin Elizabeth II. bewegt nicht nur Großbritannien. Auch Nordrhein-Westfalen, den Briten seit der Landesgründung eng und freundschaftlich verbunden, trauert um die Queen. Die Monarchin starb am 8. September 2022 im Alter von 96 Jahren auf ihrem Landsitz Balmoral in Schottland. In der Wandelhalle des Landtags wurde ein Kondolenzbuch ausgelegt. Landtag Intern erinnert an den letzten offiziellen Besuch der Queen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004.



Präsident André Kuper (r.) traf Prinz Edward in Paderborn.
Foto: Landtag NRW



Queen Elizabeth II. und Prinz Philip (rechts) wurden vom damaligen Landtagspräsidenten Ulrich Schmidt (links) empfangen.

Die Anteilnahme am Tod der Königin war auch in Nordrhein-Westfalen groß. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger trugen sich in das Kondolenzbuch ein. Über diese Anteilnahme berichtete Präsident André Kuper am 23. September dem jüngsten Sohn der Queen, Prinz Edward Graf von Wessex. Der Prinz hatte in

Paderborn anlässlich des Todes seiner Mutter die britischen Streitkräfte besucht.

2004 war die Königin gemeinsam mit seiner Königlichen Hoheit Prinz Philip Herzog von Edinburgh (1921–2021) zu Gast im Landtag.

„Ein minutiös geplantes Protokoll – die Königin kostete es nur ein Lächeln, es über

den Haufen zu werfen. Sie nahm sich Zeit. Sie genoss die Begegnung mit Menschen, führte ohne Eile ihre Gespräche und lauschte interessiert den Erläuterungen. Am Ende bedauerte es niemand, dass der Besuch im Landtag am Rheinufer rund 15 Minuten länger gedauert hat als veranschlagt.“

Mit diesen Sätzen beginnt ein Bericht in Landtag Intern über den Besuch, erschienen am 11. November 2004. Die Königin habe, so heißt es in dem Bericht, ihren dreitägigen Staatsbesuch in Deutschland mit einer Visite in dem Bundesland „gekrönt“, das mit tatkräftiger britischer Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet worden ist (siehe „Operation Marriage“).

Landtagspräsident Kuper: „Epochen durchlebt und geprägt“

André Kuper, Präsident des Landtags, würdigte die Lebensleistung von Königin Elizabeth II. und ihre Bedeutung für Nordrhein-Westfalen: „Königin Elizabeth II. hat als Mensch und Monarchin Epochen durchlebt und geprägt. Ihr Leben ist untrennbar mit der Gründung unseres Bundeslands nach den Schreckensjahren der Diktatur und des Zweiten Weltkriegs verbunden. Wir Nordrhein-Westfalen sind im Herzen dankbar für das Geschenk der Demokratie durch die Briten. Der Besuch der Königin im Landtag bleibt als besonderes Kapitel in der Geschichte des Parlaments

in Erinnerung. In ihrer Rede vor dem Landtag sprach sie davon, wie sich das deutsch-britische Verhältnis im Laufe ihres Lebens gewandelt habe: ‚vom Krieg zum Frieden und von einer Partnerschaft zur heutigen dauerhaften Freundschaft‘. Ihre Worte sollen allen politisch Verantwortlichen ein Appell sein, sich auf allen Ebenen für ein gutes deutsch-britisches Miteinander und für Frieden in Europa einzusetzen. Wir Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen sind in tiefer Trauer um Ihre Majestät Elizabeth II., Königin von Großbritannien und Nordirland.“

„Dauerhafte Freundschaft“

Im Laufe ihres Lebens, so die Queen damals, habe sich das Verhältnis der beiden Länder Großbritannien und Deutschland gewandelt:

um Elizabeth II.

„Vom Krieg zum Frieden und von einer Partnerschaft zur heutigen dauerhaften Freundschaft.“ Sie blickte zurück: „Als ich 1965 zum ersten Mal nach Düsseldorf kam, war ich sofort ergriffen davon, welche Herzlichkeit Großbritannien hier entgegengebracht wurde, und davon, wie sehr die Hilfe, die mein Land in den Jahren unmittelbar nach dem Krieg geleistet hat, hier geschätzt wurde.“ Wenn sie am dritten und letzten Tag ihres Staatsbesuchs nach Hause zurückkehre, dann reise sie „mit neuem Vertrauen in die tiefe Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern, die im vor uns liegenden 21. Jahrhundert für beide Seiten so überaus wichtig ist“. Und sie sei dankbar für den herzlichen Empfang, „den man mir überall bereitet hat“.

15 Polizeimotorräder

Zuvor hatten rund 1.000 Menschen vor dem Landtag auf den hohen Besuch gewartet. Als der Bentley mit Queen Elizabeth II. und Prinz Philip, begleitet von 15 Polizeimotorrädern, vorfuhr, jubelten sie den beiden zu. Vor dem Parlament lag ein 70 Meter langer roter Teppich. Die Queen trug, wie Landtag Intern nicht zu berichten vergaß, einen kamelhaarfarbenen Mantel und dazu einen passenden Hut. Als sie den Plenarsaal betrat, erhoben sich alle Abgeordneten von ihren Plätzen. Die Bergischen Symphoniker spielten ihr zu Ehren „Pomp and Circumstance“ von Edward Elgar. red



„Operation Marriage“

Die britische Besatzungsmacht hatte am 23. August 1946 den nördlichen Teil der früheren preußischen Provinz Rheinland und die frühere preußische Provinz Westfalen durch die „Verordnung Nummer 46“ zum Bundesland Nordrhein-Westfalen zusammengeschlossen. Die Briten nannten dies „Operation Marriage“ (Operation Hochzeit). Der Zweite Weltkrieg, der bis zu 65 Millionen Menschen das Leben gekostet hatte, war gerade einmal gut ein Jahr vorüber. Die konstituierende Sitzung des ersten Landtags fand am 2. Oktober 1946 im Opernhaus von Düsseldorf statt. Dem Landesparlament gehörten jeweils 100 Abgeordnete aus beiden Landesteilen an. Die Briten hatten sie ernannt. Die erste Landtagswahl fand erst am 20. April 1947 statt. Das Opernhaus war durch Luftangriffe im November 1943 stark beschädigt und nach dem Krieg provisorisch wieder hergerichtet worden. Es war das einzige Gebäude, das sich für die Konstituierung eignete. Für die Briten war u. a. der Oberbefehlshaber der britischen Besatzungszone, Sir Sholto Douglas, ins Opernhaus gekommen.

Im Landtag wurde ein Kondolenzbuch ausgelegt.

Fotos: Schälte



AUS DEN FRAKTIONEN

Foto: Schälte

Für Sicherheit, Bildung und Klimaschutz – Zukunftskoalition setzt erste Schwerpunkte

Nordrhein-Westfalen investiert in Kinderbetreuung, Bildung, in Sicherheit und den Klimaschutz – das sind die ersten Schwerpunkte, welche die Zukunftskoalition von CDU und GRÜNEN innerhalb der ersten 100 Tage setzt. Während der zurückliegenden Plenartage hat die Landesregierung den Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 eingebracht. „In einer Zeit der Umbrüche nimmt die schwarz-grüne Koalition im Landtag von Nordrhein-Westfalen die große Verantwortung für unser Land, für seine Menschen und zukünftige Generationen an“, sagt unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schick. Der neue Haushalt setzt klare Prioritäten. So



Thorsten Schick (CDU)

werden noch einmal 400 neue Jobs bei der Polizei geschaffen, so dass ab 2022 jährlich insgesamt 3.000 neue Polizistinnen und Polizisten in ihre Ausbildung starten können. Neue Cybercops werden Verbrecher auch im Internet mit modernsten Methoden jagen. Zudem wird der Hochwasser- und Katastrophenschutz als Lehre aus der verheerenden Flutkatastro-

phe vom Juli 2021 mit zusätzlichem Personal und einer Zentralen Landesstelle gestärkt. Für die Zukunft unserer Kinder brauchen wir motivierte Fachkräfte, die sich voll auf Betreuung oder Unterricht konzentrieren. Deshalb verlängern wir das Alltagshelferprogramm in Kitas

und steigen in die schrittweise Anhebung der Einstiegsbesoldung für alle Lehrämter auf A13 ein. Wir stellen Geld für 1.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer bereit, um Kindern aus der Ukraine bei uns ein sicheres Ankommen und gute Bildungschancen bieten zu können. Und NRW bringt die Transformation weiter voran: mit zusätzlich 200 Millionen Euro für Klimaschutz-Investitionen in der Industrie. Und: Das alles schaffen wir ohne neue Schulden. Thorsten Schick macht klar: „Das ist nachhaltig und solide. So geht verantwortungsvolle schwarz-grüne Politik.“



SPD-Fraktion auf Klausurtagung: Die Stunde des starken Sozialstaats

Das Putin-Regime führt nicht nur einen brutalen Vernichtungskrieg gegen die junge Demokratie der Ukraine, es führt auch einen Wirtschaftskrieg gegen die Demokratien der Europäischen Union. Die Folgen sind eine deutlich steigende Inflation und dramatisch steigende Preise für Strom und Gas. Unternehmen geraten in Zahlungsschwierigkeiten, Arbeitsplätze sind in Gefahr, soziale Notlagen drohen. Über das, was daraus an Verantwortung auch für die Politik in Nordrhein-Westfalen erwächst, haben wir auf unserer Klausurtagung im September intensiv diskutiert. Für uns ist klar: Dies ist die Stunde eines starken Sozialstaats.

Das Bundesland Schleswig-Holstein wird einen 500-Millionen-Euro-Schutzschirm für Unternehmen und Stadtwerke spannen. Berlin führt einen günstigen Nachfolger des 9-Euro-

Tickets ein. Thüringen und Niedersachsen legen eigene Notfallfonds auf für Bürgerinnen und Bürger, die ihre Energiekosten nicht mehr tragen können. Wir fordern auch für NRW Unterstützung, die den sozialen Abstieg von Familien und soziale Notlagen von Rentnerinnen und Rentnern verhindert. Dies kann gelingen mit der Abschaffung der Kita- und OGS-Gebühren, mit einem Notfallfonds in Höhe von 300 Millionen Euro für Menschen, die die Energiekrise in finanzielle Schwierigkeiten bringt, mit einem Schutzschirm für Stadtwerke sowie den Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich, mit einer Folgeaktion für das 9-Euro-Ticket und mit weiteren Maßnahmen. Insbesondere junge Menschen dürfen in dieser Krise nicht wieder vergessen und übergangen werden.

Das wird viel Geld kosten. Doch in Zeiten wie diesen darf uns eine Schuldenbremse nicht daran hindern, das Beste für unser Land zu tun. Wir müssen sehr hohe Vermögen viel stärker als bisher in die Pflicht nehmen: Finanzieren wollen wir diese Unterstützung durch eine Vermögensabgabe, eine Reform der Einkommenssteuer und durch eine Steuer auf Millionenvermögen und Millionenerbschaften. Wer reich ist, kann für Zusammenhalt und Fortschritt einen Beitrag leisten.



Unkomplizierte Hilfe für Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer

Wer heute durch die Wälder in NRW geht, stellt schnell fest: Sie befinden sich in einem schlechten Zustand. Die Auswirkungen der Klimakrise zeigen sich hier auf besonders dramatische Weise. Wetterextreme wie Stürme, lang anhaltende Hitze und ausbleibender Niederschlag haben enorme Auswirkungen auf das Waldökosystem und sind eine Herausforderung für die Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer.

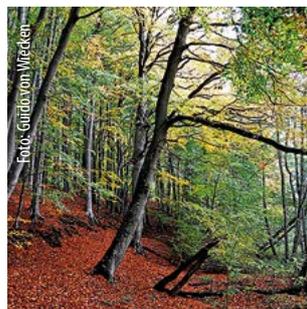
NRW ist das Kleinprivatwaldland schlechthin, circa 63 Prozent der Waldfläche sind im privaten Besitz. Viele von den rund 150.000 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sind daher in forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie beispielsweise Forstbetriebsgemeinschaften organisiert, die fast ausschließlich durch ehrenamtliches Engagement getragen werden. Diese Zusammenschlüsse unterstützen

die Waldbesitzenden bei der Bewirtschaftung ihrer Flächen und helfen so, die Nachteile der kleinteiligen Besitzstruktur zu überwinden.

Doch Neustrukturierungen bei der Beförderung sorgen für erhebliche zusätzliche Aufgaben. Wir wollen daher gemeinsam mit der CDU die im Ehrenamt Tätigen in den Forstbetriebsgemeinschaften finanziell wie administrativ unterstützen. Aus diesem Grund werden wir ein unkompliziertes und praxisorientiertes Förderprogramm zur Strukturunterstützung, insbesondere der Geschäftsführungen, auflegen. Damit stärken wir den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern den Rücken für die Gene-

rationenaufgabe, unsere Wälder zukunfts-tauglich umzubauen. Denn diese sind nicht nur wichtige Holz- und Energielieferanten, sie leisten als CO₂-Senke einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und sind unverzichtbar für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, den Natur- und Artenschutz sowie zur Förderung der

Biodiversität. Nicht zuletzt haben sie als Lebens- und Erholungsraum eine große Bedeutung für alle Bürgerinnen und Bürger in NRW.



Rheinisches Revier zu einer der ersten klimaneutralen Industrieregionen transformieren

Aktuell bedrohen hohe Energiekosten den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. „Unser Ziel als FDP-Landtagsfraktion ist es, die Versorgungssicherheit mit Energie für die Menschen und die Unternehmen zu gewährleisten. Das Industriesterben müssen wir verhindern“, erklärt der Sprecher für Wirtschaft und Energie der FDP-Landtagsfraktion Dietmar Brockes beim Austausch mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier. Mit dem geplanten Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 besteht die Jahrhundertchance, den Strukturwandel im Rheinischen Revier aktiv zu gestalten. „Wir wollen das Rheinische Revier zu einer der ersten klimaneutralen und weltweit wettbewerbsfähigen Industrieregionen mit vielen zukunftsfähigen Arbeitsplätzen transformieren“, betont Brockes. Viele großartige Vorhaben und Ideen

finden sich gerade in der Umsetzung, die auch eine Lösung für die aktuelle Energieknappheit sein können.

Von wegweisender Wasserstofftechnologie, kreislauffähigen Produkten und Produk-

tionsprozessen über den Ausbau erneuerbarer Energien und Speicher, nachhaltiges Bauen und klimafreundlicher Mobilitätskonzepte bis hin zu smarter Digitalisierung und der Forschung zur Künstlichen Intelligenz – die Region ist eine Brutstätte für die Zukunft unseres Landes. Die Projekte benötigen die besten Bedingungen, um zu wachsen. Dafür braucht es zuverlässige Finanzierungsbedingungen und unkomplizierte und schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren. Bei beiden Voraussetzungen gibt es noch großes Verbesserungspotenzial.



Dietmar Brockes (FDP)



Nach Coronakrise und Energiekrise nun bald Lebensmittelkrise?



Zacharias Schalley (AfD)

Jeder dritte viehhaltende niederländische Betrieb soll infolge realitätsfremder EU-Richtlinien dichtmachen. Für NRW hat das verheerende Folgen, schließlich sind niederländische Viehbauern der wichtigste Düngemittellieferant.

Weniger Dünger bedeutet weniger Ernteertrag und weniger Ernteertrag bedeutet weniger Lebensmittel. Die AfD-Fraktion fragte daher die Landesregierung, wie man sich auf dieses absehbare Problem vorbereitet.

Antwort: Es gebe „keine relevanten Auswirkungen auf die Versorgung“. Die Regierung selbst ist sich aber nicht im Klaren darüber, wie viel Dünger aus den Niederlanden zu uns kommt: Einmal sind es laut ihren Angaben 6.500 Tonnen, einmal 5.198 Tonnen im Jahr 2020.

So oder so: Wir importieren deutlich mehr als wir exportieren, das meiste davon aus den Niederlanden. Entweder es kommt zu Lieferengpässen und dadurch zu schlechteren Ernten oder unsere anderen Lieferanten gleichen den Verlust zu teureren Konditionen aus.

Am Ende der Kette steht eine Teuerung oder gar ein Mangel an bestimmten Lebensmitteln. Wenn die AfD-Fraktion nicht nachgefragt hätte, wäre das Thema vermutlich nicht einmal diskutiert worden. Statt im nächsten Jahr in Aktionismus zu verfallen, braucht es jetzt vorausschauende Lösungen.



Austausch und Vernetzung

19.-20. September 2022 – Regelmäßig tauschen sich die deutschen Parlamente über aktuelle Themen und Herausforderungen aus. Seit 1. Juli 2022 ist der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Vorsitzender dieser Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates. In Dortmund fand nun die erste von vier Tagungen unter nordrhein-westfälischem Vorsitz statt.

Die regelmäßigen Treffen dienen der Koordination und dem Erfahrungsaustausch. Dabei geht es auch um die großen Herausforderungen der Zeit. Der Präsident des Landtags, André Kuper, sagt: „Nordrhein-Westfalen führt den Vorsitz der Landtagspräsidentenkonferenz in einer Zeit, in der die parlamentarische Demokratie unter Druck steht. Der Krieg in Europa und dessen Folgen mit steigender Inflation und der großen Frage der Energiesicherheit haben auch Folgen für unsere Demokratie: Unsere Parlamente müssen die gesellschaftlichen Debatten abbilden und Antworten geben. Wir dürfen das Feld nicht den Populisten überlassen, die angeblich einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten. Die Konferenz der Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten befasst sich auch mit der Frage, wie Menschen erreicht werden können, die sich von der Demokratie abwenden.“

In der Ruhrgebietsmetropole Dortmund begrüßte Präsident Kuper Ende September die Direktorinnen und Direktoren der 16 deut-



Die Direktorinnen und Direktoren von Landtagen und Bundestag bei ihrer Konferenz in Dortmund.

schen Landtage sowie des Bundestages zu einer zweitägigen Konferenz. Themen waren u. a. die Energiekrise und Energieeinsparpotenziale sowie der Klimaschutz. Als Gast hielt der Geschäftsführende Leiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation in Stuttgart, Prof. Dr. Wilhelm Bauer, einen Vortrag über Änderungen der Arbeitswelt aufgrund von demografischem Wandel, Digitalisierung und Energiewende.

Im Mittelpunkt der Brüsseler Tagung werden europäische Themen stehen, darunter die Strategie der Europäischen Union (EU) zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens. Die Direktorinnen und Direktoren trafen in Dortmund erste Abstimmungen über eine gemeinsame europapolitische Erklärung der deutschsprachigen Regionalparlamente. *red*



Präsident André Kuper (l.) mit dem früheren Nationalspieler Olaf Thon, der die Konferenzteilnehmer im Fußballmuseum begrüßte.

Kampf gegen Antisemitismus

Die Tagung im Deutschen Fußballmuseum unter Leitung des stellvertretenden Direktors des nordrhein-westfälischen Landtags, Sathia Lorenz, diente vor allem aber der Vorbereitung der Landtagspräsidentenkonferenz: Vom 22. bis 23. Januar 2023 tagen die Präsidentinnen und Präsidenten auf Einladung von André Kuper in Brüssel. Teilnehmen werden dann auch die Spitzen der österreichischen Landtage, von österreichischem Bundestag und Bundesrat sowie Südtirols und der Parlamente der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.

Konferenzen

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Parlamente erörtern unter jährlich wechselnder Federführung neben aktuellen Themen Fragen des Föderalismus sowie die Position der Landesparlamente zu europäischen Themen. Im Wechsel nehmen auch die deutschsprachigen Landtage aus Österreich, Südtirol und der deutschsprachigen Minderheit in Belgien teil.

Unter Vorsitz von André Kuper finden zwei Tagungen der Präsidentinnen und Präsidenten statt: vom 22. bis 23. Januar 2023 in Brüssel und vom 18. bis 20. Juni 2023 im Kreis Gütersloh. Die Direktorinnen und Direktoren kommen erneut vom 7. bis 9. Mai 2023 in Bonn zusammen.

Die Instrumente der Opposition

September 2022 – Die Opposition hat die Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren und eigene Positionen in die Politik einzubringen. Im Parlament bedeutet das: genau hinsehen, was die Regierung plant, wie sie arbeitet, Fragen stellen – und aus kritischer Distanz eigene Vorschläge machen. Teil 2 unserer Serie über Grundbegriffe des Parlamentarismus.

Der Ausspruch von Franz Müntefering (SPD) ist legendär: „Opposition ist Mist. Lasst das die anderen machen – wir wollen regieren“, rief der Sauerländer im Jahr 2004 den Delegierten des SPD-Bundesparteitags zu, als diese ihn gerade zum neuen Vorsitzenden gewählt hatten. Was er da formulierte, war eine Kampfansage und ein Machtanspruch, regieren zu wollen. Am Ende kam es anders. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2005 wurde die SPD zweitstärkste Kraft und fand sich in der Opposition wieder.

Müntefering wird gewusst haben, dass er provozierte. Denn Abgeordnete, die nicht den regierungstragenden Fraktionen angehören, übernehmen im Parlamentarismus eine überaus wichtige Aufgabe. Sie bringen alternative politische Positionen ins Parlament ein, decken auf, was die Regierung womöglich versäumt hat und machen Vorschläge dazu, was getan werden sollte, könnte, müsste, um das Land voranzubringen.

Opposition leitet sich vom lateinischen Wort „oppositio“ ab, was so viel heißt wie „Entgegensetzung“. Und die Instrumente der Opposition, die zur Kontrolle der Landesregierung zur Verfügung stehen, reichen weit: Abgeordnete können beispielsweise eine **Kleine Anfrage** zu einem Sachverhalt stellen. Die Landesregierung muss diese innerhalb von vier Wochen beantworten. Im vergangenen Jahr wurden allein 1.431 Kleine Anfragen eingereicht, allesamt aus den Reihen der Opposition, etwa zum Justizvollzug, Ökolandbau, Braunkohletagebau und zu Luftfiltern an Schulen, um nur einige wenige Themen zu nennen.

Handelt es sich um einen komplexen Sachverhalt, können eine Fraktion oder mindestens sieben Abgeordnete auch eine **Große Anfrage** an die Landesregierung stellen. Sie muss diese innerhalb von drei Monaten beantworten. Diese Möglichkeit haben in der vergangenen Wahlperiode ausschließlich Abgeordnete der Opposition genutzt. Gefragt haben sie beispielsweise nach Gefährdungen durch den Altbergbau, dem Tierschutz in Nordrhein-Westfalen oder Kosten und Nutzen von Windenergieanlagen.

Ein ebenfalls häufig genutztes Instrument, das neben den regierungstragenden Fraktionen auch die Opposition nutzt: Zu aktuellen Fragen der Landespolitik und wenn ein dringliches öffentliches Interesse besteht, kann ein Viertel der Abgeordneten eine **Aktuelle Stunde** beantragen. Sie wird zu Beginn der Tagesordnung ein-



Ob Aktuelle Stunde oder Große Anfrage: Der Opposition stehen viele Möglichkeiten zur Verfügung, um Einfluss auf die Landespolitik zu nehmen. Foto: Schälte

nes Plenartags angesetzt und erfährt meist eine hohe mediale Aufmerksamkeit.

Das gilt auch für **Parlamentarische Untersuchungsausschüsse**, die der Landtag auf Antrag eines Fünftels der Abgeordneten einsetzen kann. Sie gelten als wirksamstes Instrument und „schärfstes Schwert“ der Opposition bei der Kontrolle der Regierung. Denn ein Untersuchungsausschuss verfügt über umfangreiche Rechte. Er kann Zeuginnen und Zeugen vorladen und vereidigen; er hat das Recht zur Akteneinsicht und jederzeit Zutritt zu allen Behörden des Landes.

Abgrenzung von der Regierung

Es gibt ein weiteres Instrument der Opposition, für das sie allerdings Unterstützung aus den Reihen der regierungstragenden Fraktionen benötigt: das **konstruktive Misstrauensvotum**. Abgeordnete des Parlaments haben bisher erst zweimal, in den Jahren 1956 und 1966, davon Gebrauch gemacht. Grundlage dazu bildet die Landesverfassung. Sie sieht vor, dass der Landtag der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten das Misstrauen aussprechen kann, wenn er mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger wählt.

Das konstruktive Misstrauensvotum wurde nach Erfahrungen aus der Weimarer Republik eingeführt, in der bereits die absolute Mehrheit ohne Neuwahl eines neuen Regierungschefs

oder einer Regierungschefin genügte, um eine Kanzlerin oder einen Kanzler abzuwählen (destruktives Misstrauensvotum). Im Gegensatz dazu ist beim konstruktiven Misstrauensvotum durch die unmittelbare Wahl einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers für Stabilität der parlamentarischen Demokratie gesorgt.

Vielfach suchen Fraktionen der Opposition aber den kooperativen Weg der politischen Auseinandersetzung. Sie bringen Anträge und Gesetzentwürfe im Plenum ein, um eigene Vorstellungen zu verdeutlichen und Alternativen aufzuzeigen. Eine **kooperative Opposition**, wie sie in der politischen Theorie heißt, versucht ihre Positionen auch in aktuellen Gesetzesvorhaben der Regierung unterzubringen. Um dies zu erreichen, ist sie mitunter darauf bedacht, die Regierung nicht zu stark zu kritisieren. In diesem Sinne ist auch Konrad Adenauer (CDU) zu verstehen: „Bei der Arbeit des Parlaments spielt die Opposition eine wesentliche Rolle. Nicht eine Rolle der Behinderung, sondern eine Rolle der Erläuterung und eine Rolle der Ergänzung.“

Davon zu unterscheiden ist die kompetitive Opposition. Sie versucht sich von der Regierung abzugrenzen und deren Fehler aufzuzeigen, um sich für die nächsten Wahlen zu positionieren. Sigmar Gabriel (SPD) hat das in einem Interview einmal so ausgedrückt: „Opposition muss wehtun, sonst kämpft man sich nicht zurück in die Regierung.“

tob



Polizeieinsatz in Dortmund

September 2022 – Rechts- und Innenausschuss haben sich im September in mehreren Sitzungen mit dem Fall eines 16-Jährigen befasst, der bei einem Polizeieinsatz am 8. August in Dortmund erschossen worden war. Grundlage waren Berichte des Innen- und Justizministeriums (18/78, 18/84, 18/85, 18/104, 18/135, [18/173](#)). Justizminister [Dr. Benjamin Limbach](#) (Grüne) ergänzte im mündlichen Bericht am 7. September im Rechtsausschuss, die Polizeikräfte seien ausgerückt, um den Jugendlichen vor einem Suizid zu bewahren. Dass der Jugendliche dabei getötet wurde, mache „zutiefst betroffen“. Die Staatsanwaltschaft ermittle gegen fünf Polizeibeamte. Es liege ein Tonmitschnitt vor, der den Verlauf des Einsatzes bis zur Abgabe von sechs Schüssen dokumentiere. Die Abgeordneten stellten zahlreiche Fragen zum Tathergang – u. a. zur Schussfolge der eingesetzten Maschinenpistole, den Deeskalationsmaßnahmen sowie zur Biografie des Getöteten. Weitere, aber keine abschließenden Details zum Tatgeschehen wollte Minister Limbach im nicht öffentlichen Teil der Sitzung nennen. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) wies im Innenausschuss ebenfalls auf die laufenden Ermittlungen hin. Es dürften derzeit keine Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, die noch nicht vernommene Zeugen beeinflussen könnten. „Die Ermittlungen laufen auf Hochtouren“, sagte Reul. Der Minister kündigte „vier konkrete Sofortmaßnahmen“ an. So werde man das Thema „Suizid“ in der Polizeiarbeit stärker in den Blick nehmen. Alle Leitfäden, Vorschriften und Handreichungen, die bei dem Einsatz eine Rolle gespielt hätten, sollen auf den Prüfstand. Bei Bodycams werde man eine „Aufnahmepflicht im zulässigen Rahmen“ prüfen. Bei Sprachbarrieren müsse geprüft werden, ob die Hinzuziehung von Dolmetscherinnen und Dolmetschern gesichert sei und welche Sprachen die Polizeikräfte der jeweiligen Dienststelle selbst sprechen.

Tödlicher Angriff

8.9.2022 – Der gewaltsame Tod eines 25-jährigen Transmannes in Münster war Thema einer Aktuellen Viertelstunde im Innenausschuss. Die SPD-Fraktion hatte die Aussprache beantragt. Ein 20-Jähriger ist nach Angaben der Staatsanwaltschaft tatverdächtig. Während des Christopher-Street-Days am 27. August 2022 soll er zunächst mehrere Frauen beschimpft und belästigt haben. Als der Transmann einschritt, habe der 20-Jährige, der Erfahrungen im Boxsport habe, ihn mit einem Fausthieb niedergestreckt. Das Opfer sei mit dem Hinterkopf auf den Asphalt geschlagen. Dabei habe der junge Mann ein schweres Schädel-Hirn-Trauma erlitten und sei später gestorben. Beim mutmaßlichen Täter gebe es Hinweise auf eine „Queerfeindlichkeit“. Innenminister [Herbert Reul](#) (CDU) sowie Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen drückten den Angehörigen des Opfers ihr Mitgefühl aus. Der 25-Jährige habe Zivilcourage bewiesen und dafür mit dem Leben bezahlt, sagte Reul. Für homophobe und transfeindliche Gewalt gelte die „Null-Toleranz-Linie der Landesregierung“. Queere Menschen müssten in Nordrhein-Westfalen angstfrei leben können. Der Innenminister sprach sich dafür aus, „queere Hasskriminalität“ künftig gezielter zu erfassen: „Was sind das für Menschen, die andere angreifen, weil sie eine andere sexuelle Orientierung haben?“

Regionalpartnerschaft

23.9.2022 – Die Mitglieder des Ausschusses für Europa und Internationales haben sich dafür ausgesprochen, in Zukunft eine Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und einer Region in der Ukraine einzurichten. Grundlage dazu ist ein Antrag ([18/609](#)) der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP,

der mehrheitlich angenommen wurde. Es sei der richtige Zeitpunkt, um der Solidarität Nordrhein-Westfalens gegenüber der Ukraine „mit der Anbahnung einer regionalen Partnerschaft Ausdruck zu verleihen“, heißt es im Antrag. Es gehe darum, den geflohenen Menschen zu helfen und ihnen beim Wiederaufbau zur Seite zu stehen. „Gerade jetzt, wo die Angriffe Russlands andauern und erste Ermüdungs- und Gewöhnungseffekte einsetzen, sendet Nordrhein-Westfalen mit dem Wunsch nach einer Regionalpartnerschaft ein starkes Signal“, schreiben die Fraktionen im Antrag. Die Landesregierung solle Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Ukraine, der Bundesregierung und weiteren Akteuren führen, „um die Möglichkeit und das ukrainische Interesse an einer nordrhein-westfälisch-ukrainischen Regionalpartnerschaft auszuloten“. Sofern Interesse der Ukraine an einer solchen Partnerschaft bestehe und unter Berücksichtigung des Kriegsgeschehens, sei zu prüfen, welche Region in Betracht komme.

Kinderschutzkommission

15.9.2022 – Auch in der 18. Wahlperiode wird sich eine Kinderschutzkommission für die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen einsetzen. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat die Einsetzung der Kommission als Unterausschuss einstimmig beschlossen. Der Landtag hatte dem Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ([18/86](#)) bereits in seiner Sitzung am 30. Juni 2022 zugestimmt. Die Kommission hat elf Mitglieder. Erstmals hatte der Landtag im November 2019 die Einsetzung einer Kinderschutzkommission beschlossen. Hintergrund waren u.a. die Fälle sexuellen Kindesmissbrauchs auf einem Campingplatz in Lügde (Kreis Lippe).

Porträt: 1. Vizepräsident Rainer Schmeltzer (SPD)



Lünen. Nordöstliches Ruhrgebiet, das Münsterland ist nahe. Ein Mittelzentrum, um die 88.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Einer von ihnen: Rainer Schmeltzer. Der 61-Jährige ist dienstältester Abgeordneter der SPD-Landtagsfraktion, 1. Vizepräsident des Landtags und einer der jüngsten Sänger des MGV Germania Niederaden. Für alle, die Niederaden nicht kennen: Es ist ein Ortsteil Lünens. Das Singen im Chor, sagt er, mache „tierischen Spaß“. Niemanden interessiere, ob da ein Abgeordneter, ein Vizepräsident oder ein Minister auf der Bühne stehe.

Schmeltzer hat eine Ausbildung als Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft gemacht, es folgte die Qualifikation zum Wohnungsfachwirt. „Für mich kam damals nur eine kaufmännische Ausbildung infrage“, sagt er. „Zig Bewerbungen“ habe er geschrieben, auch an das damals noch städtische Wohnungsunternehmen in Lünen. Er bekam die Zusage. Sein Ausbilder habe gesagt: „Das ist einer der krisensichersten Jobs, denn gewohnt wird immer.“

Mit zehn Jahren, so erzählt es der 1. Vizepräsident Kindern und Jugendlichen bei Besuchen im Landtag zuweilen, sei er in die Politik gekommen: „Ich blicke dann immer in ungläubige Gesichter.“ Er klärt auf: Mit zehn Jahren sei er das erste Mal Klassensprecher geworden, später dann Schülersprecher: „Ich habe die Interessen der Schülerinnen und Schüler vertreten. Das ist Politik.“

Sein Weg zur SPD führte über die Essener Gruga. Es war im Jahr 1976. Schmeltzer, 15 Jahre jung, wollte eigentlich mit seiner Mutter und einem Freund zur Kirmes auf dem Gruga-Vorplatz. Was er nicht wusste: In der Halle fand eine Parteiveranstaltung mit Willy Brandt und Heinz Kühn statt. Brandt war damals SPD-Vorsitzender, Kühn Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen. Schmeltzer wurde neugierig, ging in die Halle, hörte zu, was die Sozialdemokraten zu

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Rainer Schmeltzer (SPD), der 1. Vizepräsident des Landtags. Der 61-Jährige wurde in Lünen geboren und lebt dort mit seiner Familie bis heute. Er war von 2015 bis 2017 Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

sagen hatten. „Ich konnte sogar kurz mit Willy Brandt sprechen“, erinnert sich der Abgeordnete. An ein Autogramm des früheren Bundeskanzlers kam er nicht, deshalb schrieb er an die SPD-Zentrale. „In einer Zeitschrift hatte ich eine Karikatur von Willy Brandt entdeckt“, erzählt der Lünener. Die habe er abgemalt und nach Bonn geschickt. Die Zeichnung kam tatsächlich unterschrieben zurück, dazu noch ein paar Fotos und ein „nettes Anschreiben“. Das ungewöhnliche Autogramm hat er noch heute.

Als dienstältester Abgeordneter der SPD-Fraktion denkt er natürlich manchmal an vergangene Zeiten zurück: „Da war nicht alles besser, einiges aber anders – zum Beispiel die Kommunikation.“ Früher, sagt er, habe man im Plenum „parlamentarisch noch richtig gestritten“. Dabei konnte es auch mal lauter werden: „Nur unter die Gürtellinie durfte es nicht gehen.“

22 Abgeordnetenjahre – was bleibt im Gedächtnis? Bedeutend seien natürlich die aktuellen Themen, sagt Schmeltzer: der Umgang mit der Corona-Pandemie, die Energiekrise, der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Er erinnere sich aber auch an seine ersten Jahre im Landtag, an Debatten u. a. über Kampfhunde und die Landeshundeverordnung. „Ich hatte das Gefühl, da ging es nicht um Rot gegen Schwarz oder Gelb gegen Grün, da ging es um Hundehalter gegen Nicht-Hundehalter. Das waren hitzige Debatten.“

Dann die Zeit als Minister für Arbeit, Integration und Soziales. „Ich hätte das gerne noch länger gemacht“, sagt er. Es kam anders. 2017 wurde Rot-Grün abgewählt, CDU und FDP übernahmen das Ruder. Als Minister habe er die Möglichkeit gehabt, direkt zu gestalten: „Mir hat das immer sehr viel Spaß gemacht. Ich habe aber auch Wert darauf gelegt, dass ich nie den Bezug zu den Menschen vor Ort verliere. Das hat mein ganzes Abgeordnetenleben geprägt.“

Als 1. Vizepräsident des Landtags komme ihm seine Erfahrung als Minister zugute – zum Beispiel bei diplomatischen Begegnungen. Schmeltzer: „Ich weiß, auf welchem Parkett ich mich da bewege.“ Dass er als Vizepräsident parteipolitisch neutral bleiben müsse, sei eine Umstellung, aber kein Problem. Hochinteressant sei die Vielseitigkeit der Termine, die er wahrnehme. Angefangen vom Weltkindertag, bei dem der Nachwuchs im Landtag kindgerecht an das Thema „Demokratie“ herangeführt werde, bis

hin zu Gesprächen mit dem britischen Generalkonsul oder dem ukrainischen Minister für Kommunen und Wiederaufbau.

Seine Freizeit verbringt Rainer Schmeltzer gerne mit der Familie und engen Freunden. Und natürlich mit dem Männergesangsverein Germania Niederaden. Die Stimmlage des 1. Vizepräsidenten: Tenor. Auf zwei bis drei Auftritte kommen die Herren im Jahr, meist bei befreundeten Vereinen. Das Repertoire bestehe überwiegend aus alten Volksliedern, sagt Schmeltzer. Gelegentlich singe man auch Modernes, zum Beispiel ein Udo-Jürgens-Potpouri. Wobei „modern“ in diesem Zusammenhang relativ sei, wie er anmerkt. *Michael Zabka*

Zur Person

Nach der Mittleren Reife 1977 absolvierte Rainer Schmeltzer eine Ausbildung als Kaufmann in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft. Im selben Jahr trat er in die SPD und zwei Jahre später in die Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, heute Verdi) ein. Von 1980 bis 1992 war Schmeltzer bei der Dortmunder Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft beschäftigt. Es folgten Tätigkeiten als ÖTV-Gewerkschaftssekretär beim Hauptvorstand in Berlin und in der Kreisverwaltung Unna. In der rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) war Schmeltzer von Oktober 2015 bis Juni 2017 Minister für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit Juni 2022 ist er 1. Vizepräsident des Landtags, seit Juni 2000 Abgeordneter. Rainer Schmeltzer ist verheiratet und Vater eines erwachsenen Sohns.

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

-/-

Welche Musik hören Sie gerne?

Schürzenjäger. Uns verbindet seit 43 Jahren eine persönliche Freundschaft.

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Milch

Ihr liebstes Reiseziel?

Mayrhofen und Gran Canaria

Kurz notiert

Botschafter

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat am 22. September 2022 den neuen Botschafter des Staates Israel, Prof. Ron Prosor, empfangen. Der Besuch war zugleich der Auftakt einer Reihe, mit der der Landtag ein Zeichen gegen Antisemitismus, Populismus und Radikalisierung setzt. Geplant sind u. a. ein Parlamentsgespräch am 8. November 2022 über Formen der Radikalisierung in der Energiekrise und neue Gefahren des Antisemitismus sowie ein Abend zu jüdischer Kultur ebenfalls im November. Der Präsident wies auf die besondere Verantwortung Deutschlands und Nordrhein-Westfalens zur Aussöhnung mit Israel hin: „Es gehört zu unserem Selbstverständnis als Demokratinnen und Demokraten dieses Landes, Verantwortung für das deutsch-israelische Miteinander zu tragen. Wir stehen eng zusammen gegenüber jeglichen antisemitischen Bedrohungen und jeglichen neuen Formen des Imperialismus. Antisemitismus, Extremismus und Menschenfeindlichkeit werden wir niemals mehr hinnehmen. Unsere parlamentarische Demokratie bleibt wehrhaft – gerade in dieser Zeit, in der Krieg in Europa herrscht.“

Konsularisches Korps

Am 20. September 2022 hat im Landtag ein Empfang für das Konsularische Korps stattgefunden. Der Präsident des Landtags, André Kuper, begrüßte neben den General- und Honorarkonsuln sowie diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern auch den Doyen des Konsularischen Korps, den polnischen Generalkonsul Jakub Wawrzyniak. Vizepräsident Rainer Schmeltzer, Vizepräsidentin Berivan Aymaz, Vizepräsident Christof Rasche, Stefan Engstfeld, Vorsitzender des Ausschusses für Europa und Internationales, und Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien, tauschten sich ebenfalls mit den konsularischen und diplomatischen Vertreterinnen und Vertretern aus. Das Konsularische Korps in Nordrhein-Westfalen ist eines der größten unter den deutschen Bundesländern und besteht aktuell aus rund 100 konsularischen und diplomatischen Vertretungen ausländischer Staaten.

Gestorben

24.9. Manfred Degen (SPD/82)
MdL 1990 - 2005

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe von Landtag Intern erscheint am 29. November 2022. Sie ist bereits ab Freitagnachmittag, 25. November 2022, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Malwettbewerb für die 4. Klassen

Der Präsident des Landtags, André Kuper, hat den Startschuss für einen Malwettbewerb für die 4. Klassen an Grundschulen gegeben. Der Wettbewerb heißt „Was wünscht Ihr Euch für das Jahr 2023? Malt ein Bild zu Euren Hoffnungen und Träumen und schickt es an die Landtagseule Helene“. Pro Klasse kann ein gemeinsam gestaltetes Bild eingereicht werden. Als Preise gibt es Geld für die Klassenkasse – insgesamt wurden 2.000 Euro ausgelobt. Einsendeschluss ist der 6. Dezember 2022. Fragen an: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de. Mehr Informationen unter <https://lt.nrw/Malwettbewerb>.

Was wünscht
Ihr Euch für
das Jahr 2023?

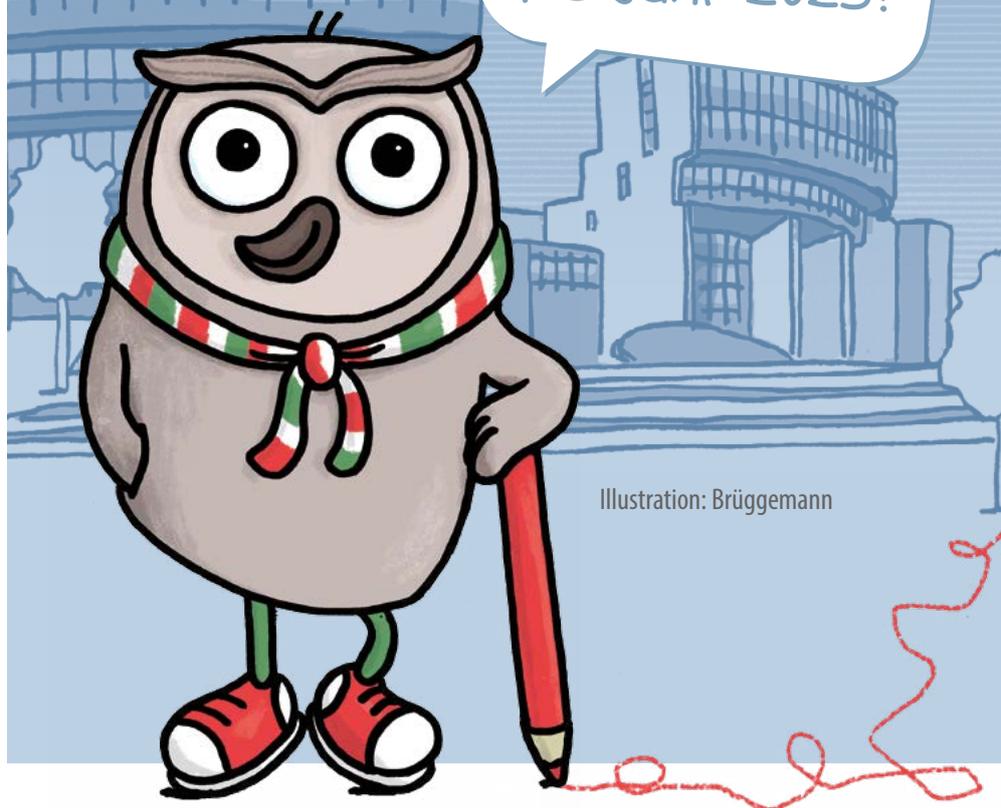


Illustration: Brüggemann